

„Wir brauchen zentrale Krisenstäbe“ Interviews mit den innenpolitischen Sprechern

Ist das Land Nordrhein-Westfalen für mögliche Katastrophen gewappnet? Auf die Tagesordnungen gelangt diese Frage oftmals leider erst dann, wenn irgendwo in der Welt wieder etwas passiert – siehe die verheerende Flutkatastrophe in Südasien. Über die derzeitige Situation im Bereich des Katastrophenschutzes in NRW sprach Landtag intern mit den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen: Jürgen Jentsch (SPD), Theodor Kruse (CDU), Horst Engel (FDP) und Monika Düker (GRÜNE).

Nordrhein-Westfalen stehen mit dem Weltjugendtag 2005 und der Fußballweltmeisterschaft 2006 zwei Großveranstaltungen ins Haus. Ist das Land im Hinblick auf mögliche Zwischenfälle organisatorisch und technisch gerüstet?

Jentsch: Wir haben uns im letzten Jahr im Rahmen einer Anhörung mit allen Rettungsteams und der Feuerwehr darüber informiert, wie sich die Situation in NRW darstellt. Hier wurde deutlich, dass wir im Grunde auf einem guten Weg sind. Das Innenministerium hat seine Abteilung Gefahrenabwehr umgebaut. Seitdem findet ein enger Austausch zwischen der Landesregierung, der Landesfeuerwehr und den einzelnen Hilfsrettungsdiensten statt. So werden beispielsweise regelmäßig gemeinsame Übungen abgehalten. Darüber hinaus investiert die Landesregierung allein in diesem Jahr nochmals 15,6 Millionen in den Katastrophenschutz. Hiervon werden unter anderem die Rettungsdienste mit neuen Gerätschaften, Fahrzeugen etc. ausgestattet. Ich gehe davon aus, dass wir zum Ende des Jahres hochmodern aus-



Jürgen Jentsch (SPD)

gestattete Rettungsdienste haben werden. Zudem ist die Anschaffung von weiteren 20 mobilen Rettungscontainern vorgesehen. Jeder dieser Container enthält

das Equipment für ein Lazarett, in dem bis zu 25 Schwerverletzte versorgt werden können.

Kruse: Die Plenardebatte im Dezember hat verdeutlicht, dass wir in NRW nicht gerüstet sind. Der Innenminister musste zugestehen, dass schon bei einer Anzahl von 50 Verletzten der Rettungsdienst in NRW an seine Grenzen stößt. Hier besteht Nachholbedarf. Wir haben in NRW eine unkoordinierte Vielfalt an unterschiedlichen Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz. Die Koordination dieser Organisationen muss dringend auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen abgestimmte Konzeptionen in den einzelnen Bezirksregierungen mit den Kreisen und Kommunen. Darüber



Theodor Kruse (CDU)

hinaus brauchen wir Krisenstäbe für Großschadensereignisse. Rot-Grün hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Landesregierung auffordert, eine so genannte Gefahrenanalyse zu erstellen. Diesen Antrag unterstützen wir im Kern. Was wir vermissen ist ein Hinweis auf den Zeitraum, in dem die Analyse fertig gestellt sein soll. Dabei muss klar sein, dass die Ergebnisse noch in diesem Jahr vorgelegt werden müssen.

Engel: Es muss differenziert werden: Rettungsdienst und Katastrophenschutz in NRW sind auch bei Großereignissen wie dem Weltjugendtag in Köln und im Rhein-Erft-Kreis sowie der Fußball-WM generell in der Lage, die schnelle und angemessene Versorgung der Besucher zu gewährleisten. Kommt es jedoch dabei zu einem Katastrophenszenario mit hunderten Verletzten und Toten, kann es Probleme geben. Dann wird es sich rächen, dass in den letzten Jahren der Bereich des Feuer- und Katastrophenschutzes von der rot-grünen Landespolitik finanziell vernachlässigt worden ist und ein ganzheitlicher Ansatz für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz fehlt. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr hat dadurch erkennbar Schaden er-

litten. Das hat auch eine Großübung in Wesseling im letzten Sommer gezeigt, bei der die letzten Hilfskräfte nach zwei Stunden kamen. Ursache war die mangelnde technische Ausstattung beim THW. Es gibt also zum Teil gravierende Mängel bei der Ausstattung, der Ausbildung und der Führungsfähigkeit der Verbände.

Düker: Ja, denn mit dem von Rot-Grün eingebrachten Antrag haben wir zwei Dinge auf den Weg gebracht: Das eine ist die Vernetzung der einzelnen Institutionen im Katastrophenfall – Stichwort Krisenstäbe einrichten. Die Abstimmung zwischen den privaten Hilfsorganisationen, den Städten, den Kreisen, dem Land und dem Bund muss im konkreten Fall vernünftig funktionieren. Das andere ist die Erstellung von Gefahrenanalysen und die Abschätzung von Gefährdungspotentialen. Die Landesregierung hat bereits reagiert. So hat das Innenministerium die Einrichtung von Krisenstäben per Erlass auf den Weg gebracht. Auch die Ergebnisse der Gefahrenanalyse sind

wohl noch in diesem Jahr zu erwarten. Damit sind wir, was den Weltjugendtag und die Fußball-WM betrifft, aus meiner Sicht gut gewappnet. Ich möchte jedoch auf ein ganz anderes, zeitlich nicht eingrenzbares Gefahrenpotential hinweisen, nämlich auf den Klimawandel und die daraus möglicherweise resultierenden Hochwasserkatastrophen. Für solche Fälle muss NRW, nicht nur mit Blick auf den Kohleabbau am Niederrhein, Szenarien durchspielen, bei denen es beispielsweise auch um die Evakuierung von hunderttausenden von Menschen geht.

Welche Rolle nehmen die zahlreichen privaten Hilfsorganisationen beim Katastrophenschutz ein? Wie ist die Vernetzung und Kommunikation untereinander und mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsbehörden?

Jentsch: Zunächst einmal spielen sie eine wichtige Rolle. Wir haben mittlerweile eine ganze Reihe von Städten und Kreisen, die so genannte MANV-Konzepte, also Konzepte für den



Monika Düker (GRÜNE)

Fotos: Schälte

„Massenanfall von Verletzten“, aufgestellt haben, in denen, je nach Größe und Ausmaß des Ereignisses, genau geregelt ist, wer welche Aufgaben übernimmt und welches Rettungsgerät von welcher Stelle zur Verfügung gestellt wird. Glücklicherweise gibt es heute kein Konkurrenzdenken mehr unter den einzelnen Hilfsorganisationen. Was zählt ist der Gedanke, gemeinsam Menschen zu helfen. Ich glaube, dass es bis Ende des Jahres flächendeckend diese MANV-Konzepte geben wird. Schließlich sind wir auch durch die erwähnten Großereignisse in NRW an klare Zeitvorgaben gebunden.

Kruse: Wir sind außerordentlich froh, dass wir in NRW eine bunte Vielfalt an privaten Hilfsorganisationen haben, die zudem mit einem hohen Anteil von ehrenamtlichen Kräften ausgestattet sind. Insgesamt sind mehr als 100.000 Menschen in NRW in diesem Bereich ehrenamtlich tätig. Das ist eine erfreuliche und tolle Zahl. In einem Fachgespräch, das die CDU-Fraktion vor eineinhalb Jahren mit

diesen ehrenamtlich tätigen Organisationen geführt hat, wurde deutlich, dass die Hilfskräfte die Arbeit gerne machen. Gleichzeitig erwarteten sie jedoch von der Landesregierung, dass sie mit abgestimmten Konzepten für eine bessere Koordination der Organisationen untereinander sorgt. Daran mangelt es bislang.

Engel: Trotzdem ist es bewundernswert, dass hunderttausende von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den einzelnen Hilfsorganisationen und bei der freiwilligen Feuerwehr unermüdlich und zum Teil unter Einsatz ihrer eigenen körperlichen Unversehrtheit ihren Dienst verrichten. Hierzu gebührt den Helfern unser großer Dank. Aber es muss gerade bei der Vernetzung und Kommunikation der Standard deutlich verbessert werden. Als unrühmliches Beispiel gelten einmal mehr die Verzögerungen bei der Einführung des Digitalfunks.

Düker: Die privaten Hilfsorganisationen sind eine ganz wichtige Säule im Katastrophenschutz. In einem Atemzug ist hier natürlich auch die Vielzahl von ehrenamtlich Tätigen zu nennen, ohne die wir einen funktionierenden Katastrophenschutz gar nicht gewährleisten könnten. Von daher liegt es auf der Hand, dass die privaten Organisationen in die eingangs erwähnten Krisenstäbe mit integriert werden müssen. In dem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen, wie dringend wir den Digitalfunk brauchen. Das ist zum Beispiel ein wichtiges Mittel, um künftig alle Organisationen und Behörden miteinander vernetzen zu können.

Muss die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beim Zivil- und Katastrophenschutz reformiert werden?

Jentsch: Land und Kommunen sind sich beim Thema Kompetenzverteilung im Grundsatz einig. Das Problem ist der Bund, der sich bereits vor Jahren aus dem Katastrophenschutz zurückgezogen hat. Der Bund ist nicht bereit, zu seinen Finanzierungszusagen zu stehen. Daraus ergeben sich erhebliche finanzielle Nachteile für NRW. Es gibt jedoch auch Positives zu berichten: Der Bund hat jetzt in Bonn eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet, die bei Großschadensereignissen die

länderübergreifende Steuerung der Hilfsmaßnahmen übernehmen soll.

Kruse: Ich plädiere für einen kooperativen Föderalismus. Großschadensereignisse wie beispielsweise Hochwasserkatastrophen machen oftmals nicht an Ländergrenzen halt. Von daher brauchen wir eine länderübergreifende abgestimmte Konzeption. Da stoßen wir derzeit an eine problematische Rechtslage: Für den Katastrophenschutz und für Großschadensereignisse sind die Länder und Kommunen zuständig, für den Zivilschutz der Bund. Diese problematische Rechtslage müssen wir überwinden. Wir brauchen ein länderübergreifendes Zusammenwirken der unterschiedlich aktiven Hilfsorganisationen.

Engel: Sicherheit aus einer Hand ist hier die Forderung der FDP. Es muss endlich das Durcheinander beseitigt werden, welches durch das Nebeneinander verschiedener gesetzlicher Zuständigkeiten entstanden ist. Bei einem Anschlag von außerhalb Deutschlands ist die Bundesregierung zuständig. Bei einem Unglücksfall hierzulande wird der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene organisiert. Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind Sache der Kreise, Feuer- und Katastrophenschutz die der Kommunen, und die Einbindung der Polizei läuft eigen-



Horst Engel (FDP)

ständig nebenher. Die dadurch entstehenden Reibungsverluste sind augenscheinlich und müssen in einer neuen Sicherheitsarchitektur beseitigt werden.

Düker: Die Trennung von Katastrophenschutz und Zivilschutz ist aus meiner Sicht längst überholt. Spätestens seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass beides nicht mehr voneinander abzugrenzen ist. Diese Unterscheidung stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges. Ich glaube, wir brauchen eine neue Definition und damit auch eine Neuverteilung der Zuständigkeiten. Im Grunde könnte man den Zivilschutz in die Länderkompetenz mit eingliedern. Dafür ist eine neue gesetzliche Grundlage vonnöten.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.